Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/1597
08.02.2017

Ausschuss für Schule und Weiterbildung

114. Sitzung (öffentlich)

8. Februar 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Alexander Schyska

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1 Schulen brauchen Freiheit und Unterstützung für die inklusive Berufsausbildung – Landesprogramm „KaoA – Kein Abschluss ohne Anschluss“ muss flexibler und inklusiver werden **4**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12345

Ausschussprotokoll 16/1544

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/12345 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN ab.

2 Fortführungsgrößen für weiterführende Schulen absenken – Chancen zur Sicherung eines vielfältigen Schulangebots in den Kommunen stärken **9**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13693

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/13693 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN ab.

3 Entwurf der Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zur Verarbeitung zugelassenen Daten von Schülerinnen, Schülern und Eltern

In Verbindung mit:

Entwurf der Fünften Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zur Verarbeitung zugelassenen Daten der Lehrerinnen und Lehrer **14**

Vorlage 16/4668

Der Ausschuss stimmt der Vorlage 16/4668 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der PIRATEN zu.

4 Einstellungszahlen zum Beginn des Schulhalbjahrs zum 1. Februar 2017 **20**

Bericht der Landesregierung

5 Verschiedenes **26**

* * *

3 Entwurf der Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zur Verarbeitung zugelassenen Daten von Schülerinnen, Schülern und Eltern

In Verbindung mit:

Entwurf der Fünften Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zur Verarbeitung zugelassenen Daten der Lehrerinnen und Lehrer

Vorlage 16/4668

Ministerin Sylvia Löhrmann legt dar, die Verordnungen dienten der rechtssicheren Verarbeitung und somit dem Schutz der personenbezogenen Daten von Schüle-rinnen, Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern. In der Sitzung am 18. Januar habe sie – Rednerin – bereits dargelegt, dass mit der Änderung der Verordnungen der datenschutzrechtliche Rahmen geschaffen werden solle, um künftig eine landesweit verlässliche, standardisierte und geschützte IT-Infrastruktur anbieten zu können.

Damit wolle man die Voraussetzung dafür schaffen, dass den Schulen und den Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung Anwendungen zur Kommunikation sowie zur Organisation der pädagogischen Arbeit über das Internet zur Verfügung gestellt würden. Über die Beteiligung der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit sowie über das Ergebnis und die Auswertung der Beteiligung der Verbände habe sie – Rednerin – ebenfalls informiert.

Dabei liege dem Verordnungsverfahren die konkrete Absicht des Landes zugrunde, den Schulen LOGINEO NRW anbieten zu können. Dazu habe es ja auch nach der Verabredung im Ausschuss ein Informationsgespräch am 31. Januar gegeben. Dabei seien die Zielsetzungen und die Vorzüge von LOGINEO NRW sowie der Zusammenhang zwischen der Änderungsverordnung und der Einführung erläutert worden. Zudem sei zu Detailfragen und Problemen Stellung genommen worden.

Dabei sei zu hoffen, dass es gelungen sei, zu verdeutlichen, dass Ministerium und Landesregierung gerade die Wahrung und Verbesserung des Datenschutzes bezweckten und nicht etwa eine willkürliche Öffnung der Verordnungen betrieben.

Im einem der nächsten Schritte werde man zusätzlich zu den strengen daten-schutzrechtlichen Vorgaben, die bereits in den Verordnungen enthalten seien, eine Dienstanweisung über die Verarbeitung personenbezogener Daten in den Schulen anpassen. Insbesondere werde darin ergänzend klargestellt, dass Lehrkräfte auf ADV-Anlagen, die auch Schülerinnen und Schülern zugänglich seien, keine sensiblen personenbezogenen Daten lokal verarbeiten dürften.

Dass zudem die weiteren zahlreichen Detailfragen zu LOGINEO NRW gründlich bearbeitet und in einem breit angelegten personalvertretungsrechtlichen Verfahren geklärt würden, habe sie – Rednerin – in der letzten Sitzung auch angesprochen. Die Arbeit hierzu im Ministerium der mit Vertreterinnen und Vertretern der Haupt-personalräte

eingerichteten Arbeitsgemeinschaft „Dienstvereinbarung LOGINEO NRW“ sei inzwischen weit vorgeschritten, und nach derzeitiger Planung sei mit einer zeitnahen abschließenden Beratung der Dienstvereinbarung zu rechnen.

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung habe sich zum Ziel gesetzt, eine verlässliche, standardisierte und geschützte Infrastruktur für den Schulbereich anzubieten. Daher bitte man, den Verordnungsentwürfen zuzustimmen und damit die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass mit LOGINEO NRW den Schulen zeitnah eine solche Infrastruktur zur Unterstützung ihrer pädagogischen Arbeit angeboten werden könne, womit die Organisation von Unterricht und Schule und die Belange des Datenschutzes deutlich verbessert werden könnten.

Michele Marsching (PIRATEN) legt dar, Datenschutz sei für seine Fraktion ein dankbares Thema. So habe man sich sehr intensiv mit der Verordnung beschäftigt. Auch habe man immer betont, dass man den sinnvollen und vermehrten Einsatz von Medien mit hohem Datenschutzniveau an Schulen für sehr wichtig halte.

Dabei sei es sei bezüglich LOGINEO durchaus gut, dass man klare Regeln setze, wie Lehrerinnen und Lehrer mit Daten umzugehen hätten. Im Grundsatz begrüße man also die Bemühungen um die Einführung von LOGINEO.

Allerdings gebe es bei der Generierung von Daten immer ein ungewisses Unbehagen, was mit ihnen passiere, und nur dann sei der Datenschutz gewährleistet, wenn der Umgang mit den Daten regelkonform sei. Jedes System habe ja irgendeine Hintertür, wo man Daten mitnehmen und anders als vorgesehen verarbeiten könne.

Das Gleiche gelte auch für den Gebrauch privater Geräte; auch hier stelle ein regelkonformes Vorgehen kein Problem dar. Aber hier sehe man das größte Problem, und da müssten zwei Bedingungen eingehalten werden: Die Lehrerinnen und Lehrer müssten fortgebildet werden, und dazu müsse man die schulischen Datenschutz-beauftragten stärken, die daneben auch kontrollieren müssten. Es reiche nicht, eine Verordnung in die Welt zu setzen und davon auszugehen, dass sich jeder den Regeln entsprechend verhalte. So liefen die Leute auch über einen Grünstreifen, anstatt außen herum zu gehen, weil der Weg einfach kürzer sei.

Man sehe also das Positive an den Änderungen, leider aber auch, dass flankierende Maßnahmen wie die Stärkung der Datenschutzbeauftragten fehlten, und deshalb werde man sich bei der Abstimmung enthalten.

Dr. Annette Bunse (CDU) glaubt, dass das ein Zeichen in die richtige Richtung sei, und deshalb werde man zustimmen. Dennoch sehe man viele der genannten Bedenken, vor allem vor Ort in der Umsetzung. Da brauche das ganze System Schule sehr viel Unterstützung, und man hoffe darauf, dass etwa die Lehrerinnen und Lehrer diese Unterstützung bekämen.

Sigrid Beer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt für die Ermöglichung der Gesprächsrunde, in der man sehr intensiviert diskutiert habe. Natürlich müsse der Prozess auch begleitet werden. Aber es sei das richtige Signal, weil Kolleginnen und Kollegen dann

webbasiert ihre dienstlichen Geschäfte erledigen könnten, wobei sie dann sicherer seien als jetzt, wo man viele Unwägbarkeiten habe. Deswegen müsse die Umsetzung kommen, weil sonst der von den Schulen angemeldete Bedarf nicht erfolgen könne.

Deshalb begrüße man die Verordnungen, den Austausch und die sehr kritische weitere Begleitung, was Datensicherheit und die Fortbildung von Kolleginnen und Kollegen angehe. Das werde auch vom Ministerium so gesehen, wie im Gespräch deutlich geworden sei.

Das sei jetzt die Basis, damit in das System in gemeinsamer Sicherheit ins Laufen komme, und deshalb werde man zustimmen.

Yvonne Gebauer (FDP) begrüßt die Maßnahme, die wichtig und richtig sei. Man würde sich aber freuen, wenn man über die weiteren Entwicklungen in regelmäßigen Abständen informiert würde. So interessiere vor allem die Rückspiegelung aus den Schulen, wie das angenommen werde und wie mit den angesprochenen Problemen umgegangen werde.

Auch **Renate Hendricks (SPD)** begrüßt im Namen der SPD-Fraktion die Verordnungen, weil das Sicherheit und eine Grundlage darstelle, auf der die Datenverarbeitung in Schulen erfolgen könne.

Daneben freue man sich über die guten Rückmeldungen aus den Hauptpersonal-räten, wo es in großem Konsens zu Verabredungen gekommen sei, und aus den Kollegien, die mitgeteilt hätten, dass sie Regelungen bräuchten.

Daneben danke sie – Rednerin – auch dafür, dass es über die Dienstanweisung zudem eine Regelung über die Nutzung der Computer gebe, die ja auch als Problem aufgekommen sei. Es sei zu überdies zu hoffen, dass es in der nächsten Legislaturperiode zu einem Gesetz komme, wenn man die Vorerfahrungen habe, und es zur Fortsetzung des Prozesses komme, in dem man sich gerade befinde.

Michele Marsching (PIRATEN) merkt an, es sei ja schön, dass es noch weitere Regelungen geben solle und man den Prozess beobachten wolle. Gerade aber bei Software habe man nur einen einzigen Versuch, sie einzuführen und den Nutzer so zu schulen, dass er die Software so benutze, wie er es solle. Wenn sich einmal Verhaltensweisen eingeschlichen hätten, die zwar auch zum Ziel führten – aber nicht so, wie man das gerne hätte, also datenschutzkonform –, bekomme man sie so leicht nicht mehr weg, und der Aufwand vervielfache sich.

Deshalb müsse gerade bei der Einführung von LOGINEO Personal zur Schulung eingeplant und auf den Datenschutz hingewiesen werden.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) dankt für die sachliche Diskussion. Daneben sei darauf hinzuweisen, dass das ein sehr großes Unterfangen sei. So gebe es z. B. die Ansicht, es wäre schön, eine „Schul-Cloud“ zu haben. Aber die Ausgestaltung, die rechtlichen und personalbezogenen Dinge, die damit verbunden seien, merke man erst, wenn man an die ganz konkrete Umgestaltung gehe.

Man habe versucht, das Unternehmen so gut wie möglich zu planen. Aber man wisse nicht, was noch alles an Stolpersteine auftauchen könne. Dennoch sollte man jetzt den Mut haben, trotz mancher auch in der Öffentlichkeit geäußerter Bedenken, anzufangen. Selbstverständlich werde man fortlaufend über den Prozess berichten, und auch die Frage nach Fortbildung und Schulung sei wichtig, worüber Herrn Wehrhöfer informieren könne.

RBr Ulrich Wehrhöfer (MSW) dankt dafür, dass die Verwaltung die Möglichkeit gehabt habe, mit den Abgeordneten zu sprechen. So sei das Sonderinformations-gespräch sehr angenehm, sachlich und hilfreich gewesen, und auch die Gespräche mit den Personalräten hätten z. B. zu weiteren technischen Entwicklungen wie Datensafe oder Online-Editor angeregt, die jetzt umgesetzt würden.

Daneben bilde man sich überhaupt nicht ein, jedes Problem, das künftig entstehen könne, vorauszusehen. Das könne man zwar teilweise, aber nicht komplett antizipieren.

Zur Fortbildung: Es sei bekannt, dass die Lehrerfortbildung auch die Medienentwicklung umfasse, wo es auch um Datenschutz, Jugendmedienschutz, Urheber- und Persönlichkeitsrechte gehe. Sehr erfreulich sei dabei, dass sich die Teilnehmerzahlen in den letzten drei Schuljahren sehr gut von 4.000 im Schuljahr 13/14 auf 5.500 im Schuljahr 15/16 entwickelt hätten. Das werde sich, so seine – Redners – Prognose, stetig und und mit einer gewissen Dynamik fortsetzen.

Dabei habe die Verdopplung der Stellen für Medienberater und -beraterinnen genau den Zweck, die LOGINEO-Einführung zu begleiten. Man sei sich zudem sicher, dass das eine sehr evolutionäre Entwicklung sein werde, denn gerade in der Anfangs-phase würden komplexe Systeme mit einer gewissen Skepsis gesehen. Durch die jetzige Anzahl der Medienberater- und beraterinnen könne man aber sicherstellen, dass in jeder Schule, die sich zur Einführung entschließe – worüber sie freiwillig entscheiden könne – eine interne Fortbildung unter Beteiligung des gesamten Kollegiums stattfinde.

Zudem wolle man die Einführung evaluieren, also über zwei Schuljahre wissenschaftlich begleiten, und die Ergebnisse würden auch insbesondere der politischen Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die Abgeordneten würden dann in der nächsten Legislaturperiode ihre Schlüsse daraus ziehen können.

Dr. Annette Bunse (CDU) findet, bei aller Zustimmung müsse man hier scharf problematisieren, denn nur dann erkenne man die Probleme, die auftreten könnten. Zwar würden die Schulen nicht gezwungen, teilzunehmen, aber eine Lehrerschaft sei sehr heterogen, müsse sich auf den Weg machen und eine ganze Menge Arbeit leisten. Zudem gehöre zur Schulung immer auch ein Schulträger, und auch der müsse unterstützt und mitgenommen werden.

Es sei also zu hoffen, dass man die Probleme ganz wertfrei benennen und diskutieren könne, ohne sich den Vorwurf zuzuziehen, eine Sache schlechtzureden, die an sich ganz gut sei.

Monika Pieper (PIRATEN) meint, es spreche vieles dafür, das Programm zwei Jahre laufen zu lassen und dann zu evaluieren. Man müsse dann aber auch zur Kenntnis nehmen, dass sich die derzeitigen Datenschutzverletzungen vieler Kollegen durch die Arbeit auf privaten Rechnern in dieser Zeit nicht änderten. Es sei also ein großes Problem, dass es so lange dauere, bis es durch die flächendeckende Nutzung Sicherheit gebe.

Kirstin Korte (CDU) gibt ihren beiden Vorrednerinnen recht. Letzten Endes sei es eine weitere Hausaufgabe für die Schulen, und man wisse ja, wie so etwas ablaufe: Irgendwann rege die Schulleitung an, diesen Weg zu beschreiten, und die Kollegien müssten sich dann den Fortbildungen stellen. Auch sei völlig richtig, dass man einen Fehler nur schwer beheben könne, wenn er erst einmal im System sei.

Es mache also Sinn, gleich vernünftig in Angriff zu nehmen, dass die Schulungen funktionierten und nicht wegen anderer Dinge auf der Strecke blieben.

Sigrid Beer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) meint, man müsse sich jetzt schon entscheiden, was man wolle. Es sei zwar richtig, dass es Probleme gebe, die jeden Kollegen und jede Kollegin beträfen. Die flächendeckende Einführung sofort oder die vorbereitende Schulung und erst dann, wenn es keine Fehler mehr gebe – beides gehe nicht.

Deswegen sei das freiwillige Herangehen richtig, und viele Kolleginnen und Kollegen plädierten ja für die Anwendung. Auch sei die kritische Reflexion über Daten und Rechtsunsicherheiten bereits in den Schulen virulent, und deswegen werde ja händeringend nach einer Grundlage gefragt. Man müsse also in der Tat schrittweise und prozessbegleitend kritisch reflektierend vorgehen, denn auch technische Entwicklungen und Diskussionen seien ja sehr dynamisch. Deshalb müsse auch die Schulung sorgfältig angelegt sein.

Aber man könne jetzt nicht auf den paradiesischen Zustand von 192.000 fort-gebildeten Lehrern warten. Darum sei ein pragmatisches Herangehen im Bewusstsein aller kritischen Implikationen nötig.

Michele Marsching (PIRATEN) erläutert, er stelle sich nicht den paradiesischen Zustand vor, dass alle Lehrer in NRW geschult werden könnten und dann ein System eingeführt werde. Vielmehr rede man schon seit fünf Jahren über LOGINEO und mache auch noch zwei Jahre Evaluation.

Unbestritten sei aber wohl das allergrößte Problem: Wenn Zeugnisdaten, Daten über Einschränkungen von Schülerinnen und Schüler, schlimmstenfalls schriftliche, detaillierte Leistungsbewertungen einmal über Google-Mail verschickt würden, seien sie in der Welt – und zwar da, wo man sich nicht haben wolle –, und man bekomme sie nicht mehr zurück.

Im Moment sei der Standard, dienstliche E-Mails über private Adressen zu schreiben, und das passiere, auch wenn man hundert Verordnungen und Anweisungen habe. Das sei also das große Problem, und das müsse man lösen.

Renate Hendricks (SPD) dankt ihrem Vorredner für seinen Beitrag, denn es sei entscheidend, zunächst flächendeckend zu erreichen, dass das nicht mehr passiere. Auch fragten jetzt schon erste Schulen, wann sie ein digitales Klassenbuch einsenden, also LOGINEO nutzen könnten, und das werde sich wie ein Schneeballsystem entwickeln. Zudem sei es Aufgabe der kommunalen Schulausschüsse, sich mit dem Thema zu beschäftigen, weil es bis auf die Schulen heruntergebrochen werden müsse.

Sie – Rednerin – sei sicher, dass man in einem halben Jahr schon anders als jetzt diskutieren werde, und insofern sei zu hoffen, dass der Prozess die Sensibilisierung mit sich bringe, dass alle anfingen, darüber nachzudenken, dass es so nicht weitergehe.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) glaubt, sie habe auf die Komplexität und Sensibilität des gesamten Prozesses und darauf hingewiesen, dass hier Sorgfalt geboten sei. Auch sei zu unterstreichen, dass die Personalräte ihre Sachwalterrolle für die Kolleginnen und Kollegen sehr ernsthaft wahrnähmen, weswegen man von Anfang an auf breite Beteiligung und Information gesetzt habe.

Was die Kommunen angehe, so sei auf die Erklärung zu verweisen, die gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden abgegeben worden sei. Sie sei vielleicht in der Vorweihnachtszeit etwas untergegangen, aber dort habe man anknüpfend an das Programm Schule 2020 ausgeführt, welcher Akteur sich zu welchen Beiträgen verpflichte. Auch stünden die Kommunen dort ausdrücklich zu LOGINEO und hielten das für richtig.

Letztlich würden alle sensibilisiert, denn das von Herrn Marsching Beschriebene wolle man nicht, und es das Ziel, das deutlich zu machen. Da man aber bisher teilweise ungeregelte Zustände habe, die sich entwickelt hätten, sei es umso wichtiger, mit den Verordnungen jetzt klare Regeln aufzustellen, und deswegen sei sie – Rednerin – froh, wenn der Ausschuss dafür grünes Licht gebe.

Der Ausschuss stimmt der Vorlage 16/4668 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der PIRATEN zu.